

Amt Moorrege**Beschlussvorlage**

Vorlage Nr.: 0217/2016/AMT/BV

Fachteam:	Bürgerservice und Ordnung	Datum:	08.07.2016
Bearbeiter:	Jenny Thomsen	AZ:	FB2/082.432

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Amtsausschuss Moorrege	21.11.2016	öffentlich

Vorschlag für die Wahl zum stellvertretenden Schiedsmann im Schiedsbezirk Moorrege II**Sachverhalt:**

Die Amtszeit des derzeit stellvertretenden Schiedsmann Gerhard Cordts läuft zum 15.12.2016 aus und Herr Cordts möchte keine weitere Amtszeit übernehmen. Es sind daher Neuwahlen nötig. Als Nachfolger wurde Herr Ludwig Albrecht vorgeschlagen. Es bestehen keine Bedenken gegen die Eignung von Herrn Albrecht und er ist auch bereit, dieses Amt zu übernehmen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die beiden Gemeindevertretungen der Gemeinden Heist und Moorrege haben bereits in ihren Sitzungen im September, der Wahl des Herrn Albrecht zugestimmt. Seitens des Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen bestehen keine Bedenken gegen die Wahl, es liegen bereits alle notwendigen Unterlagen vor.

Finanzierung:

entfällt

Fördermittel durch Dritte:

entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss beschließt, dass Herr Ludwig Albrecht, Kiefernweg 7, 25492 Heist, zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsbezirk Moorrege II (Heist und Moorrege) gewählt wird.

Jürgensen

Anlagen:
entfällt

Amt Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0225/2016/AMT/BV

Fachbereich: Finanzen	Datum: 02.11.2016
Bearbeiter: Jens Neumann	AZ: 3/950-400

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Amtsausschuss Moorrege	21.11.2016	öffentlich

Umsatzsteuerpflicht - Optionserklärung zu § 2b UStG

Sachverhalt:

Nach der Richtlinie Nr. 2006/112/EG des Europäischen Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem gelten Staaten, Länder aber auch Gemeinden und sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts nicht als Steuerpflichtige, soweit sie die Tätigkeiten ausüben oder Umsätze bewirken, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen, auch wenn sie im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten oder Umsätzen Zölle, Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erheben. Falls sie solche Tätigkeiten ausüben oder Umsätze bewirken, gelten sie für diese Tätigkeit oder Umsätze jedoch als Steuerpflichtige, sofern eine Behandlung als Nichtsteuerpflichtige zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Einrichtungen des öffentlichen Rechts gelten bei bestimmten Tätigkeiten in jedem Fall als Steuerpflichtige, sofern der Umfang der Tätigkeiten nicht unbedeutend ist.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil vom 16.09.2008 festgestellt, dass größere Wettbewerbsverzerrungen nur dann zu verneinen sind, wenn die Behandlung öffentlicher Einrichtungen als Nichtsteuerpflichtige lediglich zu unbedeutenden Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Es ist daher für die Behandlung einer auf öffentlich-rechtlicher Grundlage tätigen juristischen Person des öffentlichen Rechts nicht erforderlich, dass „erhebliche“ oder „außergewöhnliche“ Wettbewerbsverzerrungen vorliegen.

Unter Würdigung des Urteils des EuGH hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem Einzelfall entschieden, dass nachhaltig und gegen Entgelt erbrachte Leistungen der öffentlichen Hand der Umsatzsteuer unterliegen, wenn diese Tätigkeit auf zivilrechtlicher Grundlage oder – im Wettbewerb zu Privaten – auf öffentlich-rechtlicher Grundlage ausgeführt werden. Dabei reicht es aus, wenn die Nichtbesteuerung der öffentlichen Hand zu einer nicht nur unbedeutenden Wettbewerbsverzerrung führen würde. Mit dem Urteil des BFH wird die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand gegenüber der bisherigen Besteuerungspraxis erheblich ausgeweitet.

Das Bundesministerium der Finanzen hatte nach dem Urteil des BFH zunächst bestätigt, dass bis zum Ergehen neuer Regelungen zur Umsatzbesteuerung von Leistungen der öffentlichen Hand die bisher bestehende Auffassung der Steuerverwaltung weiter gilt. Daher wurde das BFH-Urteil von der Finanzverwaltung bis auf weiteres nicht über den entschiedenen Einzelfall hinaus angewandt.

Durch zwischenzeitliche Änderung des Umsatzsteuergesetzes wurde die Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts ab 2017 grundlegend geändert. Die Änderung beinhaltet u.a. die Einführung eines neuen § 2b des Umsatzsteuergesetzes (UStG), der künftig die Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts regelt und damit Rechtssicherheit für die Kommunen schafft. Generell ist von einer wesentlichen Ausweitung der steuerbaren und steuerpflichtigen Leistungen auszugehen.

Mit dem neu eingefügten § 27 Abs. 22 UStG hat der Gesetzgeber jedoch die Möglichkeit eröffnet, durch einmalige, gegenüber dem Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 abzugebende Erklärung zu entscheiden, dass die bisherigen Regelungen des § 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes in der am 31.12.2015 geltenden Fassung, für sämtliche vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin gelten.

Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts können damit in den Jahren 2017 bis 2020 die für sie im konkreten günstigere Rechtslage der Behandlung im Umsatzsteuerrecht zur Anwendung bestimmen. Ein wichtiges Element dabei ist, dass die Erklärung nur einheitlich für alle Leistungen abgegeben werden kann. Die Erklärung gegenüber dem Finanzamt kann längstens für Leistungen gelten, die bis zum 31. Dezember 2020 erbracht werden. Die Erklärung kann bereits während der Übergangsfrist widerrufen werden. Die neuen Regelungen des Umsatzsteuerrechts würden dann mit Wirkung ab dem folgenden Kalenderjahr ausgeschlossen. Ab dem 01.01.2021 gelten ausnahmslos für alle steuerbaren und steuerpflichtigen Leistungen die neuen Vorschriften des UStG. Damit wird deutlich, dass sich die juristischen Personen des öffentlichen Rechts auch bei Abgabe der Erklärung gegenüber dem Finanzamt in den kommenden Jahren intensiv auf alle steuerlichen Fragen vorbereiten müssen. Die Übergangsregelung ist daher als Frist zu einem geordneten Übergang zu verstehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach § 2b UStG gelten juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht als Unternehmer, soweit sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen, auch wenn sie im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten, Zölle, Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erheben, es sei denn, eine Behandlung als Nichtunternehmer würde zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen. Größere Wettbewerbsverzerrungen liegen nach der Vorschrift insbesondere nicht vor, wenn der von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts im Kalenderjahr aus gleichartigen Tätigkeiten erzielte Umsatz voraussichtlich 17.500 Euro jeweils nicht übersteigen wird. Die Erträge des Amtes außerhalb der öffentlich-rechtlichen Abgaben liegen unterhalb eines Umsatzes von 17.500 Euro. Im Sinne des Umsatzsteuerrechts wäre das Amt somit Kleinunternehmer. Kleinunternehmer sind von der Umsatzsteuerpflicht befreit. Die Erklärungspflicht bleibt hiervon aber unberührt.

Das Umsatzsteuerrecht sieht einen sogenannten Vorsteuerabzug vor (§ 15 UStG). Ein Unternehmer kann unter anderem die gesetzlich geschuldete Steuer für Lieferungen und sonstige Leistungen, die von einem anderen Unternehmer für sein Unternehmen ausgeführt worden sind, als Vorsteuerbetrag abziehen. Allerdings gilt die Vorsteuerabzugsberechtigung nicht für Kleinunternehmer (§ 19 Abs. 1 Satz 3).

Wie bereits ausgeführt, kann das Amt gegenüber dem Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 erklären, dass die bisherigen Regelungen des § 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes in der am 31.12.2015 geltenden Fassung, für sämtliche vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin gelten sollen. Die Erklärung ist nur einmalig vor dem 31.12.2016 möglich, kann aber mit Wirkung vom Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres an widerrufen werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen noch zahlreiche Rechtsunsicherheiten. Die neuen Regelungen sind an vielen Stellen auslegungsbedürftig. Es wird erwartet, dass ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) veröffentlicht wird, das der Aufklärung dienen soll. Da die Auswirkungen zurzeit noch nicht abgeschätzt werden kön-

nen, wird Verwaltungsseitig empfohlen, von der Optionserklärung Gebrauch zu machen, indem dem zuständigen Finanzamt mitgeteilt wird, dass das Amt § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen zunächst weiterhin anwendet.

Finanzierung:

- entfällt -

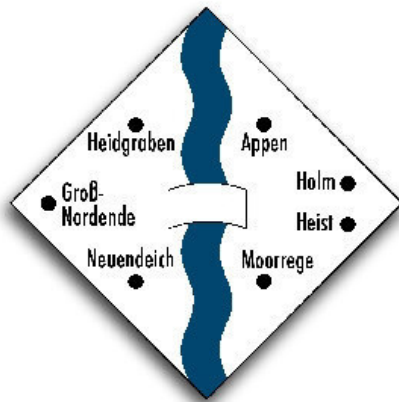
Fördermittel durch Dritte:

- entfällt -

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss beschließt, gegenüber dem zuständigen Finanzamt zu erklären, dass das Amt den § 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwendet.

Jürgensen



1. NACHTRAGSHAUSHALT

des Amtes Moorrege

für das Jahr

2016

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Nachtragshaushaltssatzung mit Erläuterungsbericht	1 - 5
2. Verwaltungshaushalt (gelb)	6 - 25
3. Vermögenshaushalt (rot)	26 - 29
4. Gesamtplan	30 - 40
5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen	41
6. Grundlage für die Festsetzung der Amtsumlage	42 - 43
7. Stellenplan	44 - 47

I. Nachtragshaushaltssatzung des Amtes Moorrege für das Haushaltsjahr 2 0 1 6

Aufgrund des § 18 der Amtsordnung in Verbindung mit § 80 der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom 21.11.2016 folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

		erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschließlich des Nachtrages	
				gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	im Verwaltungshaushalt				
	die Einnahmen	1.050.400	-	3.992.500	5.042.900
	die Ausgaben	1.122.200	71.800	3.992.500	5.042.900
2.	im Vermögenshaushalt				
	die Einnahmen	188.800	325.300	393.500	257.000
	die Ausgaben	153.500	290.000	393.500	257.000

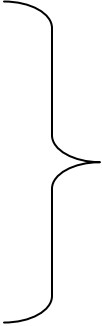
§ 2

Es wird neu festgesetzt:

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen von bisher 37,0 Stellen auf 40,92 Stellen

§ 3

Die Umlagesätze für die Amtsumlage werden mit Wirkung ab 01.01.2016 wie folgt neu festgesetzt:

- a) von den Steuerkraftzahlen
 - 1. der Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A)
 - 2. der Grundsteuer für die Grundstücke (B)
 - 3. der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital
 - 4. des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer
 - 5. der Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich nach § 31 a FAG
 - 6. des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer
 - b) von den Schlüsselzuweisungen
- 
- 13,26 v. H.

Moorrege, den 22.11.2016

Amt Moorrege
Der Amtsdirektor

(Jürgensen)

E r l ä u t e r u n g

zum 1. Nachtragshaushaltsplan des Amtes M o o r r e g e für das Haushaltsjahr 2 0 1 6

Durch den 1. Nachtragshaushaltsplan vergrößert sich das Volumen des Gesamthaushaltes von bisher 4.386.000 € um 913.900 € auf jetzt 5.299.900 €. Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt erhöhen sich jeweils um 1.050.400 €, die des Vermögenshaushaltes vermindern sich um jeweils 136.500 €.

Die Veränderungen des Verwaltungshaushalts beinhalten im Wesentlichen die im Vergleich zum Ursprungshaushalt gestiegenen Aufwendungen für die Unterbringung und die Integration der dem Amt zugewiesenen Asylsuchenden sowie die haushaltsmäßige Darstellung der entsprechenden Kostenerstattungen.

In dem 1. Nachtragshaushaltsplan werden die Ansätze des Ursprungshaushaltes an die mittlerweile eingetretenen bzw. zu erwarteten Entwicklungen angepasst.

Verwaltungshaushalt:

Deckungskreis 1 Personalkosten

Nach erfolgter Beratung wurde durch den Amtsausschuss aufgrund vielfältiger Gründe ein personeller Mehrbedarf festgestellt und organisatorische Veränderungen gebilligt. Im Laufe des Jahres 2016 haben sich zudem einzelne personelle Veränderungen (z.B. Elternzeiten und Nachbesetzungen) ergeben. Das Volumen des Deckungskreises „Personalkosten“ erhöht sich von bisher 2.610.300 € um 54.800 € auf nunmehr 2.665.100 €. Unter Berücksichtigung des Gesamtvolumens im Deckungskreis „Personalkosten“ entspricht die Anpassung einer moderaten Personalkostensteigerung von 2,1%.

Deckungskreis 4 Geschäftsausgaben

Im Ursprungshaushalt waren im Deckungskreis „Geschäftsausgaben“ Mittel in Höhe von insgesamt 108.200 € eingeplant. Aufgrund von gestiegenen Geschäftsausgaben (u. a. Aufwendungen für Ausweise u. Pässe an Bundesdruckerei, Machbarkeitsstudie für Amtshauserweiterung, Bekanntmachungen für Stellenanzeigen u. Eingliederung des Amtes Haseldorf) wird der Deckungskreis um 21.000 € auf nunmehr 129.200 € angehoben.

Deckungskreis 11 Ordnungsrechtliche Sachausgaben / Kosten für Fundtiere

Die Fälle von ordnungsrechtlichen Ersatzvornahmen (z.B. Bestattungen) sind gestiegen, so dass die Haushaltsmittel im Deckungskreis von 15.000 € um 5.500 € auf 20.500 € erhöht werden. Für einige Fälle können Kostenerstattungen geltend gemacht werden, so dass auch der Ansatz für „sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen“ (HHst. 11000.150000) um 2.000 € erhöht wird.

Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (HHSt. 02000.150000)

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hat die für das Amt in den Jahren 2013 bis 2015 zu viel gezahlten sogenannten Sanierungsgelder erstattet. Der Ansatz der Einnahmehaushaltsstelle wird von 2.500 € um 24.000 € auf 26.500 € angepasst.

Fahrzeughaltung / Reisekostenerstattungen (HHSt. 02000.550000 / 02000.168000)

Aufgrund von zusätzlichem Bedarf wird der Ansatz für Fahrzeughaltung um 4.400 € erhöht. Gleichzeitig ergeben sich höhere Einnahmen aus Reisekostenerstattungen, so dass die erwarteten Mehrausgaben durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt werden.

Beitreibungsgebühren (HHSt. 03000.261000)

Die gestiegene Anzahl der Fälle von Amtshilfeersuchen und Vollstreckungsmaßnahmen führt zu höheren Einnahmen aus Beitreibungsgebühren. Der Haushaltsansatz kann um 15.000 € auf 40.000 € erhöht werden.

Aufwendungen für dem Amt zugewiesene Asylsuchende und Einnahmen aus Kostenerstattungen

- Leistungen nach dem AsylbIG (HHSt. 42000.791000) und Integrationsaufwendungen (HHSt. 42000.791100)

Nach Aufstellung des Ursprungshaushalts ist die Anzahl der dem Amt zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge Anfang 2016 weiter gestiegen, so dass für die dezentrale Unterbringung zusätzlicher Wohnraum angemietet werden musste und mobile Wohnunterkünfte errichtet wurden. Zudem sind zusätzliche Integrationsaufwendungen (z.B. Sprachunterricht, Auslagenerstattungen, Betreuungs- und Transferleistungen) angefallen. Auf der Ausgabeseite ist die Summe der Ansätze von ursprünglich 750.000 € um 990.000 € auf 1.740.000 € erhöht worden.

- Kostenerstattungen (HHSt. 42000.162000) sowie Integrations- und Aufnahmepauschale (HHSt. 42000.171000)

Das Amt erhält für die Unterbringung zugewiesener Asylbewerber und Flüchtlinge anteilige Kosten der Unterkunft erstattet. Zudem gewährt das Land für jeden neu zugewiesenen Asylsuchenden eine einmalige Integrations- und Aufnahmepauschale (2.000 € ab 01.03.2016). Die Integrations- und Aufnahmepauschale wird für Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit der Betreuung, Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden eingesetzt. Die Summe der Ansätze für Einnahmen aus Erstattungen und Pauschalen wird von ursprünglich 700.000 € um 790.000 € auf 1.490.000 € angepasst.

Unter Berücksichtigung der Gesamtaufwendungen sowie den Einnahmen aus Erstattungen und Pauschalen verbleibt für das Jahr 2016 ein vom Amt zu tragender Eigenanteil in Höhe von voraussichtlich 250.000 €. Der gestiegene Eigenanteil ist u. a. auch darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der zugewiesenen Asylsuchenden zwischenzeitlich deutlich zurückgegangen ist, während die laufenden Kosten aus Mieten und sonstigen Aufwendungen nur langsam sinken.

Amtsumlage (HHSt. 90000.072000)

Die vorläufige Höhe der Amtsumlage (2.500.300 €) wurde mit einem Amtsumlagesatz von 13,15 % festgesetzt. Im Rahmen des endgültigen Finanzausgleichs wurden die Berechnungsgrundlagen verändert, so dass sich geringere Schlüsselzuweisungen für die amtsangehörigen Gemeinden ergeben haben. Die Reduzierung der Schlüsselzuweisungen führt zu geringeren Umlagegrundlagen bei der Berechnung der Amtsumlage. Unter Beibehaltung des nur geringfügig angepassten Amtsumlagebedarfes in Höhe von 2.501.700 € (+ 1.400 €) ergibt sich eine Veränderung des prozentualen Amtsumlagesatzes auf 13,26 %. Die sich aus der veränderten Finanzkraft ergebenden geringfügigen Anpassungen für die jeweiligen Gemeinden können der anliegenden Übersicht zur „Festsetzung der Grundlagen für die endgültige Amtsumlage 2016“ entnommen werden.

Vermögenshaushalt

Energetische Sanierung des Amtshauses (HHSt. 02100.950010)

Der Haushalt sah Baukosten in Höhe von 290.000 € für die energetische Teilsanierung des Amtshauses vor. Aufgrund der bevorstehenden Eingliederung des Amtes Haseldorf wird die Maßnahme zurückgestellt, da zunächst ein Gesamtkonzept für die Nutzung des Amtshauses aussteht. Der Haushalt wird um den Ansatz von 290.000 € reduziert.

Kredite des Kreditmarktes (HHSt. 91000.377800)

Für die Finanzierung der vorgenannten energetischen Sanierung des Amtshauses war eine Kreditaufnahme in Höhe von 290.000 € vorgesehen. Da die Maßnahme zunächst zurückgestellt wird, entfällt die geplante Kreditaufnahme.

Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (HHSt. 91000.310000)

Aufgrund der Veränderungen des 1. Nachtragshaushaltes wird zum Haushaltsausgleich eine restliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgenommen. Der Rücklagenentnahme erhöht sich um 188.800 € auf 257.000 €, so dass der Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 31.12.2016 aufgelöst ist.

Schuldenstand

Der Schuldenstand des Amtes Moorrege beträgt aufgrund der zunächst zurückgestellten Kreditaufnahme zum 31.12.2016 somit weiterhin 0 €.

Stellenplan

Der als Anlage beigefügte aktualisierte Stellenplan berücksichtigt den durch den Amtsausschuss beschlossenen Mehrbedarf sowie die im laufenden Haushaltsjahr eingetretenen organisatorischen und personellen Veränderungen. Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen wird von bisher 37,0 Stellen auf 40,92 Stellen neu festgesetzt.

Zu den Einzelansätzen mit größeren Veränderungen sowie Einzelansätzen, die für erklärungsbedürftig erachtet werden, sind weitere Erläuterungen **bei den entsprechenden Haushaltsstellen** vorgenommen worden.

Einzelpläne für das Haushaltsjahr 2016

1. Nachtragsplan

Verwaltungshaushalt

- in EUR -

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 7

 Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 02 Hauptverwaltung
 U-Abschnitt 02000

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+) Weniger (-)		
		EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7
.150000	E i n n a h m e n sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	26.500	2.500	24.000		FB 1
.168000	Erstattung Sanierungsgelder VBL 2013-2015 Erstattung Reisekosten und Fahrzeughaltung	29.400	25.000	4.400	5	FB 1
	Einnahmen	55.900	27.500	28.400 0		
.411000	A u s g a b e n Zuführung zur Versorgungsrücklage für Dienstbezüge	7.400	6.700	700	1	FB 1
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	226.600	221.600	5.000	1	FB 1
.421000	Zuführung zur Versorgungsrücklage für Versorgungsbezüge	7.700	7.400	300	1	FB 1
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	52.700	50.700	2.000	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage u. Anpassung Vorauszahlung					
.434000	Beiträge zur VBL für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	15.200	16.700	-1.500	1	FB 1
.444000	Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	45.900	46.100	-200	1	FB 1
.550000	Fahrzeughaltung	39.400	35.000	4.400	5	FB 1
.650000	Geschäftsausgaben	30.000	22.000	8.000	4	FB 1
.652010	Telefongebühren u.ä.	8.500	6.500	2.000	6	FB 1
.655000	Gerichts- und Rechtsanwaltskosten	2.000	500	1.500		FB 1

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 8

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 02 Hauptverwaltung
 U-Abschnitt 02000

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+)		
				Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	Ausgaben	435.400	413.200	23.900		
				-1.700		
	UAB 02000 Zu-/Überschuss	-379.500	-385.700	4.500		
				-1.700		
	Einnahmen	55.900	27.500	28.400		
				0		
	Ausgaben	435.400	413.200	23.900		
				-1.700		
	AB 02 Zu-/Überschuss	-379.500	-385.700	4.500		
				-1.700		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 9

 Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 03 Finanzverwaltung
 U-Abschnitt 03000 FB Finanzen

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+) Weniger (-)		
		EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	E i n n a h m e n					
.174100	Mutterschaftsgeld der Krankenkasse	2.500	0	2.500		FB 1
.261000	Beitreibungsgebühren	40.000	25.000	15.000		FB 3
	gestiegene Gebühreneinnahmen aus Beitreibung					
	Einnahmen	42.500	25.000	17.500 0		
	A u s g a b e n					
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	219.900	236.900	-17.000	1	FB 1
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	48.500	46.100	2.400	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage u. Anpassung Vorauszahlung					
.434000	Beiträge zur VBL für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	14.800	17.800	-3.000	1	FB 1
.444000	Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	44.500	49.300	-4.800	1	FB 1
.650000	Geschäftsausgaben	10.000	1.500	8.500	4	FB 3
	Ausgaben	337.700	351.600	10.900 -24.800		
	UAB 03000 Zu-/Überschuss	-295.200	-326.600	6.600 -24.800		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 10

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 03 Finanzverwaltung
 U-Abschnitt 03000 FB Finanzen

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+)		
		EUR	EUR	Weniger (-)		
1	2	3	4	5	6	7
	Einnahmen	42.500	25.000	17.500		
				0		
	Ausgaben	337.700	351.600	10.900		
				-24.800		
AB 03	Zu-/Überschuss	-295.200	-326.600	6.600		
				-24.800		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 11

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 05 Besondere Dienststellen d. Allg. Verw.
 U-Abschnitt 05000 Standesamt

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt	
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+)			
				Weniger (-) EUR			
1	2	3	4	5	6	7	
.650000	E i n n a h m e n				4	FB 2	
	Einnahmen	0	0	0			
				0			
	A u s g a b e n						
	Geschäftsausgaben	1.500	1.000	500			
	Ausgaben	1.500	1.000	500			
				0			
	UAB 05000	Zu-/Überschuss	-1.500	-1.000			-500
				0			
		Einnahmen	0	0			0
				0			
		Ausgaben	1.500	1.000			500
				0			
AB 05	Zu-/Überschuss	-1.500	-1.000	-500			
				0			

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 12

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 06 Einrichtungen f.d. Gesamte Verwaltung
 U-Abschnitt 06000 Informationstechnik

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+) Weniger (-)		
		EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7
.150000	E i n n a h m e n sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen Einnahmen	3.000 3.000	1.000 1.000	2.000 2.000 0		FB 1
	A u s g a b e n					
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	90.300	76.300	14.000	1	FB 1
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	52.900	50.300	2.600	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage u. Anpassung Vorauszahlung					
.434000	Beiträge zur VBL für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	6.300	5.800	500	1	FB 1
.444000	Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	18.400	15.900	2.500	1	FB 1
.520000	Wartungskosten für die EDV-Anlage	6.500	1.500	5.000		IT
	Wartungsverlängerung für Server					
.652010	Telefongebühren, Onlinekosten u.ä.	20.000	16.500	3.500	6	FB 1
.655000	Geschäftsausgaben für Bezügekasse/VAK	34.700	32.700	2.000		FB 1
	gestiegene Abrechnungsfälle bei der Bezügekasse/VAK					

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 13

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 06 Einrichtungen f.d. Gesamte Verwaltung
 U-Abschnitt 06000 Informationstechnik

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+) Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	Ausgaben	229.100	199.000	30.100		
				0		
	UAB 06000 Zu-/Überschuss	-226.100	-198.000	-28.100		
				0		
	Einnahmen	3.000	1.000	2.000		
				0		
	Ausgaben	229.100	199.000	30.100		
				0		
	AB 06 Zu-/Überschuss	-226.100	-198.000	-28.100		
				0		
	Einnahmen	101.400	53.500	47.900		
				0		
	Ausgaben	1.003.700	964.800	65.400		
				-26.500		
	EP 0 Zu-/Überschuss	-902.300	-911.300	-17.500		
				-26.500		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 14

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 1 Öffentliche Sicherheit u. Ordnung
 Abschnitt 11 Öffentliche Ordnung
 U-Abschnitt 11000 Bürgerservice

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+) Weniger (-)		
		EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7
.150000	E i n n a h m e n sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	6.000	4.000	2.000		FB 2
	Kostenerstattungen für ordnungsrechtliche Ersatzvornahmen					
	Einnahmen	6.000	4.000	2.000 0		
	A u s g a b e n					
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	157.600	156.000	1.600	1	FB 1
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	21.200	16.500	4.700	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage und Anpassung Vorauszahlung					
.434000	Beiträge zur VBL für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	10.700	11.700	-1.000	1	FB 1
.590000	sonstige Sachausgaben	10.500	5.000	5.500	11	FB 2
	ordnungsrechtliche Ersatzvornahmen (z.B. Bestattungen)					
.650000	Geschäftsausgaben	80.000	76.000	4.000	4	FB 2
	gestiegene Geschäftsausgaben an Bundesdruckerei (f. Personalausweise, Reisepässe, Führungszeugnisse u.ä.)					
	Ausgaben	280.000	265.200	15.800 -1.000		
	UAB 11000 Zu-/Überschuss	-274.000	-261.200	-13.800 -1.000		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 15

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 1 Öffentliche Sicherheit u. Ordnung
 Abschnitt 11 Öffentliche Ordnung
 U-Abschnitt 11200 Liegenschaften

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+) Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	E i n n a h m e n					
	Einnahmen	0	0	0 0		
	A u s g a b e n					
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	320.500	318.700	1.800	1	FB 1
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	26.400	25.200	1.200	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage u. Anpassung Vorauszahlung					
.434000	Beiträge zur VBL für	22.000	24.000	-2.000	1	FB 1
	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer					
.444000	Sozialversicherungsbeiträge für	66.200	67.400	-1.200	1	FB 1
	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer					
	Ausgaben	435.100	435.300	3.000		
				-3.200		
	UAB 11200 Zu-/Überschuss	-435.100	-435.300	-3.000		
				-3.200		
	Einnahmen	6.000	4.000	2.000		
				0		
	Ausgaben	715.100	700.500	18.800		
				-4.200		
	AB 11 Zu-/Überschuss	-709.100	-696.500	-16.800		
				-4.200		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 16

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 1 Öffentliche Sicherheit u. Ordnung
 Abschnitt 11 Öffentliche Ordnung
 U-Abschnitt 11200 Liegenschaften

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+)		
				Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	Einnahmen	6.000	4.000	2.000 0		
	Ausgaben	715.100	700.500	18.800 -4.200		
	EP 1 Zu-/Überschuss	-709.100	-696.500	-16.800 -4.200		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 17

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 4 Soziale Sicherung
 Abschnitt 40 Verwaltung der sozialen Angelegenheiten
 U-Abschnitt 40000 FB Soziales u. Kultur

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+) Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	E i n n a h m e n					
.162000	Personalkostenerstattungen	86.300	39.100	47.200		FB 1
.162100	Erstattung des Kreises für Sozialstaffelberechnung	10.000	8.000	2.000		FB 4
.174100	Mutterschaftsgeld der Krankenkasse	6.400	0	6.400		FB 1
	Einnahmen	102.700	47.100	55.600		
				0		
	A u s g a b e n					
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	249.100	214.800	34.300	1	FB 1
.434000	Beiträge zur VBL für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	16.700	15.900	800	1	FB 1
.444000	Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	51.500	45.000	6.500	1	FB 1
	Ausgaben	317.300	275.700	41.600		
				0		
	UAB 40000 Zu-/Überschuss	-214.600	-228.600	14.000		
				0		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 18

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 4 Soziale Sicherung
 Abschnitt 40 Verwaltung der sozialen Angelegenheiten
 U-Abschnitt 40010 Personalabordnung zum Jobcenter

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+) Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	E i n n a h m e n					
	Einnahmen	0	0	0		
				0		
	A u s g a b e n					
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	33.100	31.500	1.600	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage und Anpassung Vorauszahlung					
	Ausgaben	33.100	31.500	1.600		
				0		
UAB 40010	Zu-/Überschuss	-33.100	-31.500	-1.600		
				0		
	Einnahmen	102.700	47.100	55.600		
				0		
	Ausgaben	350.400	307.200	43.200		
				0		
AB 40	Zu-/Überschuss	-247.700	-260.100	12.400		
				0		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 19

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 4 Soziale Sicherung
 Abschnitt 42 Durchführung des Asylbewerberleist.-Ges.
 U-Abschnitt 42000 Asylbewerberleistungsgesetz

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+) Weniger (-)		
		EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	E i n n a h m e n					
.162000	Kostenerstattungen	1.300.000	700.000	600.000		FB 4
	<i>höhere Kostenerstattungen durch gestiegene Zuweisung von Flüchtlingen</i>					
.171000	Integrations- und Aufnahmepauschale	190.000	0	190.000		FB 4
	Einnahmen	1.490.000	700.000	790.000		
				0		
	A u s g a b e n					
.791000	Leistungen nach dem AsylbLG	1.645.000	750.000	895.000		FB 4
	<i>Die laufenden Kosten der Unterkunft für Unterbringung zugewiesener Asylbewerber und Flüchtlinge trägt das Amt Moorrege. Anteilige Erstattungen werden bei der HHSt. 42000.162000 vereinnahmt. Insbesondere im ersten Halbjahr 2016 stieg die Anzahl von Zuweisungen, so dass für die dezentrale Unterbringung zusätzlicher Wohnraum angemietet werden musste.</i>					
.791100	Integrationsaufwendungen	95.000	0	95.000		FB 4
	Ausgaben	1.740.000	750.000	990.000		
				0		
UAB 42000	Zu-/Überschuss	-250.000	-50.000	-200.000		
				0		
	Einnahmen	1.490.000	700.000	790.000		
				0		
	Ausgaben	1.740.000	750.000	990.000		
				0		
AB 42	Zu-/Überschuss	-250.000	-50.000	-200.000		
				0		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 20

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 4 Soziale Sicherung
 Abschnitt 42 Durchführung des Asylbewerberleist.-Ges.
 U-Abschnitt 42000 Asylbewerberleistungsgesetz

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+)		
				Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	Einnahmen	1.592.700	747.100	845.600 0		
	Ausgaben	2.090.400	1.057.200	1.033.200 0		
	EP 4 Zu-/Überschuss	-497.700	-310.100	-187.600 0		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 21

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
 Abschnitt 60 Bauverwaltung
 U-Abschnitt 60000 FB Bauen u. Liegenschaften

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+) Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	E i n n a h m e n					
	Einnahmen	0	0	0 0		
	A u s g a b e n					
.410000	Beamtengehälter	72.000	69.800	2.200	1	FB 1
	- Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften					
.414000	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer	77.600	78.600	-1.000	1	FB 1
.430000	Beiträge zur Versorgungsausgleichskasse	52.900	50.300	2.600	1	FB 1
	Abrechnung VAK-Umlage und Anpassung Vorauszahlung					
.434000	Beiträge zur VBL für	5.500	5.900	-400	1	FB 1
	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer					
.444000	Sozialversicherungsbeiträge für	16.000	16.400	-400	1	FB 1
	Arbeitnehmerinnen u. Arbeitnehmer					
	Ausgaben	224.000	221.000	4.800 -1.800		
	UAB 60000 Zu-/Überschuss	-224.000	-221.000	-4.800 -1.800		
	Einnahmen	0	0	0 0		
	Ausgaben	224.000	221.000	4.800 -1.800		
	AB 60 Zu-/Überschuss	-224.000	-221.000	-4.800 -1.800		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 22

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
 Abschnitt 60 Bauverwaltung
 U-Abschnitt 60000 FB Bauen u. Liegenschaften

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+)		
				Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	Einnahmen	0	0	0		
				0		
	Ausgaben	224.000	221.000	4.800		
				-1.800		
EP 6	Zu-/Überschuss	-224.000	-221.000	-4.800		
				-1.800		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 23

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Abschnitt 90 Steuern, Allg. Zuweisungen u. Allg. Uml.
 U-Abschnitt 90000

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+) Weniger (-)		
				EUR		
1	2	3	4	5	6	7
.072000	E i n n a h m e n Amtsumlage	2.501.700	2.500.300	1.400		FB 3
	<i>Die vorläufige Höhe der Amtsumlage 2016 wurde mit einem Amtsumlagesatz von 13,15 % festgesetzt. Durch die nachträgliche Anpassung der Berechnungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich hat sich die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die amtsangehörigen Gemeinden vermindert. Die Reduzierung der Schlüsselzuweisungen führt zu geringeren Umlagegrundlagen bei der Berechnung der Amtsumlage. Unter Beibehaltung des bisherigen Amtsumlagebedarfes ergibt sich eine Anpassung des prozentualen Amtsumlagesatzes von 13,15 % auf 13,26 %. Die geringfügigen Veränderungen für die jeweiligen Gemeinden können der anliegenden Übersicht zur "Festsetzung der Grundlagen für die endgültige Amtsumlage 2016" entnommen werden.</i>					
	Einnahmen	2.501.700	2.500.300	1.400		
				0		
	A u s g a b e n					
	Ausgaben	0	0	0		
				0		
	UAB 90000 Zu-/Überschuss	2.501.700	2.500.300	1.400		
				0		
	Einnahmen	2.501.700	2.500.300	1.400		
				0		
	Ausgaben	0	0	0		
				0		
	AB 90 Zu-/Überschuss	2.501.700	2.500.300	1.400		
				0		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 24

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Abschnitt 91 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft
 U-Abschnitt 91000 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	bisher 2016	Mehr (+) Weniger (-)		
		EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7
.280000	E i n n a h m e n Zuführung vom Vermögenshaushalt	153.500	0	153.500		FB 3
	<i>Zur Deckung der Mehrkosten im Verwaltungshaushalt (insbesondere Aufwendungen für die Flüchtlingsunterbringung) ist eine restliche Entnahme aus der allgemeinen Rücklage und Zuführung vom Vermögenshaushalt erforderlich.</i>					
	Einnahmen	153.500	0	153.500		
				0		
	A u s g a b e n					
.808000	Zinsen an den Kreditmarkt	0	4.000	-4.000		FB 3
.860000	Zuführung zum Vermögenshaushalt	0	35.300	-35.300		FB 3
	Ausgaben	0	39.300	0		
				-39.300		
	UAB 91000 Zu-/Überschuss	153.500	-39.300	153.500		
				-39.300		
	Einnahmen	153.500	0	153.500		
				0		
	Ausgaben	0	39.300	0		
				-39.300		
	AB 91 Zu-/Überschuss	153.500	-39.300	153.500		
				-39.300		

A. Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 25

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Abschnitt 91 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft
 U-Abschnitt 91000 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz			Deckungskreis	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016 EUR	bisher 2016 EUR	Mehr (+)		
				Weniger (-) EUR		
1	2	3	4	5	6	7
	Einnahmen	2.655.200	2.500.300	154.900		
				0		
	Ausgaben	0	39.300	0		
				-39.300		
EP 9	Zu-/Überschuss	2.655.200	2.461.000	154.900		
				-39.300		

Einzelpläne für das Haushaltsjahr 2016

1. Nachtragsplan

Vermögenshaushalt

- in EUR -

B. Vermögenshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 27

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung
 Abschnitt 02 Hauptverwaltung
 U-Abschnitt 02100 energetische Sanierung Amtshaus

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz				Investitionen und Invest.-Förderungsmaßnahmen		Erläuterungen	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	Verpfl.-Erm.	bisher 2016	Mehr (+)	Gesamt- ausgabebedarf	bisher bereitgestellt		
			2016		Weniger (-)				
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
.950010	E i n n a h m e n								
	Einnahmen	0		0	0				
					0				
	A u s g a b e n								
	Baukosten	0	0	290.000	-290.000	0	0		FB 5
	- Zurückstellung der energetischen Sanierung für ein Gesamtkonzept zum Amtshaus								
	Ausgaben	0	0	290.000	0	0	0		
					-290.000				
	UAB 02100	Zu-/Überschuss	0		-290.000	0			
					-290.000				
		Einnahmen	0		0	0			
						0			
		Ausgaben	0	0	290.000	0	0	0	
						-290.000			
	AB 02	Zu-/Überschuss	0		-290.000	0			
						-290.000			
		Einnahmen	0		0	0			
					0				
	Ausgaben	0	0	290.000	0	0	0		
					-290.000				
EP 0	Zu-/Überschuss	0		-290.000	0				
					-290.000				

B. Vermögenshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 28

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Abschnitt 91 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft
 U-Abschnitt 91000 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz				Investitionen und Invest.-Förderungsmaßnahmen		Erläuterungen	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	Verpfl.-Erm.	bisher 2016	Mehr (+)	Gesamt- ausgabebedarf	bisher bereitgestellt		
			2016		Weniger (-)				
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	E i n n a h m e n								
.300000	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	0		35.300	-35.300				FB 3
.310000	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	257.000		68.200	188.800				FB 3
	<i>Zur Deckung der Mehrkosten im Verwaltungshaushalt erfolgt eine restliche Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.</i>								
.377800	Kredite des Kreditmarktes	0		290.000	-290.000				FB 3
	<i>Zurückstellung der geplanten Kreditaufnahme zur Finanzierung der energetischen Sanierung des Amtshauses</i>								
	Einnahmen	257.000		393.500	188.800				
					-325.300				
	A u s g a b e n								
.900000	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	153.500	0	0	153.500	0	153.500		FB 3
	Ausgaben	153.500	0	0	153.500	0	153.500		
					0				
UAB	91000 Zu-/Überschuss	103.500		393.500	35.300				
					325.300				
	Einnahmen	257.000		393.500	188.800				
					-325.300				
	Ausgaben	153.500	0	0	153.500	0	153.500		
					0				
AB	91 Zu-/Überschuss	103.500		393.500	35.300				
					325.300				

B. Vermögenshaushalt - Einzelpläne 1. Nachtragsplan

Seite 29

Gemeinde 1 Amt Moorrege
 Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft
 Abschnitt 91 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft
 U-Abschnitt 91000 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz				Investitionen und Invest.-Förderungsmaßnahmen		Erläuterungen	Amt
Nr.	Bezeichnung	neu 2016	Verpfl.-Erm.	bisher 2016	Mehr (+)	Gesamt- ausgabebedarf	bisher bereitgestellt		
			2016		Weniger (-)				
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Einnahmen	257.000		393.500	188.800				
					-325.300				
	Ausgaben	153.500	0	0	153.500	0	153.500		
					0				
	EP 9 Zu-/Überschuss	103.500		393.500	35.300				
					325.300				

Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2016

1. Nachtragsplan

1. Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

- in EUR -

Einzelplan		Haushaltsansatz 2016							
Nr.	Bezeichnung	Einnahmen neu EUR	Einnahmen bisher EUR	Mehr Weniger EUR	Ausgaben neu EUR	Ausgaben bisher EUR	Mehr Weniger EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0	Verwaltungshaushalt								
	Allgemeine Verwaltung	478.100	430.200	47.900	1.723.200	1.684.300	38.900		
1	Öffentliche Sicherheit u. Ordnung	195.100	193.100	2.000	906.200	891.600	14.600		
2	Schulen	0	0	0	0	0	0		
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0	0	0	0	0	0		
4	Soziale Sicherung	1.706.900	861.300	845.600	2.187.500	1.154.300	1.033.200		
5	Gesundheit, Sport, Erholung	0	0	0	0	0	0		
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	7.000	7.000	0	224.000	221.000	3.000		
7	Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0	0	0	0	0	0		
8	Wirtsch.Untern., Allg.Grund-u.Sondervermögen	100	100	0	0	0	0		
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	2.655.700	2.500.800	154.900	2.000	41.300	-39.300		
0-9	Zusammen	5.042.900	3.992.500	1.050.400	5.042.900	3.992.500	1.050.400		
			davon	1.050.400	Mehreinnahmen	davon	1.772.200	Mehrausgaben	
			davon	0	Wenigereinnahmen	davon	-721.800	Wenigerausgaben	

Einzelplan		Haushaltsansatz 2016							
Nr.	Bezeichnung	Einnahmen neu EUR	Einnahmen bisher EUR	Mehr Weniger EUR	Ausgaben neu EUR	Ausgaben bisher EUR	Mehr Weniger EUR	Verpfl.-Erm. neu EUR	Mehr Weniger EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0	Vermögenshaushalt								
0	Allgemeine Verwaltung	0	0	0	103.500	393.500	-290.000	0	0
1	Öffentliche Sicherheit u. Ordnung	0	0	0	0	0	0	0	0
2	Schulen	0	0	0	0	0	0	0	0
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0	0	0	0	0	0	0	0
4	Soziale Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
5	Gesundheit, Sport, Erholung	0	0	0	0	0	0	0	0
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	0
7	Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0
8	Wirtsch.Untern., Allg.Grund-u.Sondervermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	257.000	393.500	-136.500	153.500	0	153.500	0	0
0-9	Zusammen	257.000	393.500	-136.500	257.000	393.500	-136.500	0	0
			davon	188.800	Mehreinnahmen	davon	153.500	Mehrausgaben	
			davon	-325.300	Wenigereinnahmen	davon	-290.000	Wenigerausgaben	
	Gesamthaushalt	5.299.900	4.386.000	913.900	5.299.900	4.386.000	913.900	0	0

Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2016

1. Nachtragsplan

3. Gruppierungsübersicht

- in EUR -

Gemeinde : Amt Moorrege

Einwohner: 18.872

Stand : 31.03.2015

Gemeinde 1 Amt Moorrege

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz 2016	je Einwohner in	Mehr Weniger (-)
		EUR	EUR	EUR
E i n n a h m e n				
	Einnahmen des Verwaltungshaushaltes			

0	Steuern, allgemeine Zuweisungen			
07	Allgemeine Umlagen			
072	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.501.700	132,56	1.400
07	Summe Gruppe 07	2.501.700	132,56	1.400
0	Summe Hauptgruppe 0	2.501.700	132,56	1.400
1	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb			
10	Verwaltungsgebühren	153.100	8,11	0
10-12	Summe Gruppen 10-12	153.100	8,11	0
15	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	87.500	4,64	28.000
13-15	Summe Gruppen 13-15	87.500	4,64	28.000
16	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts			
162	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1.826.300	96,77	649.200
163	von Zweckverbänden u. dgl.	46.900	2,49	0
168	von übrigen Bereichen	29.400	1,56	4.400
16	Summe Gruppe 16	1.902.600	100,82	653.600
17	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke			
171	vom Land	190.000	10,07	190.000
174	vom sonstigen öffentlichen Bereich	8.900	0,47	8.900
17	Summe Gruppe 17	198.900	10,54	198.900
1	Summe Hauptgruppe 1	2.342.100	124,11	880.500
2	Sonstige Finanzeinnahmen			
20	Zinseinnahmen			
206	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	500	0,03	0

Gemeinde 1 Amt Moorrege

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz 2016	je Einwohner in	Mehr Weniger (-)
		EUR	EUR	EUR
E i n n a h m e n				
20	Summe Gruppe 20	500	0,03	0
21	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Beteiligungen	100	0,01	0
21-22	Summe Gruppen 21-22	100	0,01	0
26	Weitere Finanzeinnahmen			
260	Bußgelder	5.000	0,26	0
261	Säumniszuschläge	40.000	2,12	15.000
26	Summe Gruppe 26	45.000	2,38	15.000
28	Zuführungen vom Vermögenshaushalt	153.500	8,13	153.500
28	Summe Gruppe 28	153.500	8,13	153.500
2	Summe Hauptgruppe 2	199.100	10,55	168.500
0-2	Summe der Einnahmen des Verwaltungshaushalts	5.042.900	267,22	1.050.400
3	Einnahmen des Vermögenshaushaltes			

30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	0	0,00	-35.300
30	Summe Gruppe 30	0	0,00	-35.300
31	Entnahmen aus Rücklagen			
310	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	257.000	13,62	188.800
31	Summe Gruppe 31	257.000	13,62	188.800
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen			
3778	von privaten Unternehmen	0	0,00	-290.000
37	Summe Gruppe 37	0	0,00	-290.000
3	Summe der Einnahmen des Vermögenshaushalts	257.000	13,62	-136.500
0-3	Summe der Gesamteinnahmen	5.299.900	280,84	913.900

Gemeinde 1 Amt Moorrege

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz 2016	je Einwohner in	Mehr Weniger (-)
		EUR	EUR	EUR
A u s g a b e n				
4	Personalausgaben			
40	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	13.100	0,69	0
40	Summe Gruppe 40	13.100	0,69	0
41	Dienstbezüge und dgl.			
410	Beamten und Beamte	472.900	25,06	2.200
411	Zuführung zur Versorgungsrücklage - Dienstbezüge	7.400	0,39	700
414	Arbeitnehmer/-innen	1.415.300	74,99	38.700
41	Summe Gruppe 41	1.895.600	100,44	41.600
42	Versorgungsbezüge und dgl.			
421	Zuführung zur Versorgungsrücklage - Versorgungsbezüge	7.700	0,41	300
42	Summe Gruppe 42	7.700	0,41	300
43	Beiträge zu Versorgungskassen			
430	Beamten und Beamte	287.700	15,24	17.100
434	Arbeitnehmer/-innen	96.800	5,13	-6.600
43	Summe Gruppe 43	384.500	20,37	10.500
44	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung			
444	Arbeitnehmer/-innen	290.400	15,39	2.400
44	Summe Gruppe 44	290.400	15,39	2.400
45	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	72.000	3,82	0
45	Summe Gruppe 45	72.000	3,82	0
46	Personalnebenausgaben	1.800	0,10	0
46	Summe Gruppe 46	1.800	0,10	0
4	Summe Hauptgruppe 4	2.665.100	141,22	54.800
5-6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand			
50	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	65.000	3,44	0
51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	4.000	0,21	0

Gemeinde 1 Amt Moorrege

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz 2016	je Einwohner in	Mehr Weniger (-)
		EUR	EUR	EUR
A u s g a b e n				
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	103.800	5,50	5.000
53	Mieten und Pachten	16.700	0,88	0
54	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	52.500	2,78	0
55	Haltung von Fahrzeugen	39.400	2,09	4.400
56	Besondere Aufwendungen für Bedienstete	37.600	1,99	0
50-56	Summe Gruppen 50 - 56	319.000	16,89	9.400
57-638	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	27.400	1,45	5.500
57-638	Summe Gruppe 57-Untergruppe 638	27.400	1,45	5.500
64	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	28.000	1,48	0
64	Summe Gruppe 64	28.000	1,48	0
65	Geschäftsausgaben	238.400	12,63	30.000
65	Summe Gruppe 65	238.400	12,63	30.000
66	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben			
660	Verfügun gsmittel	1.500	0,08	0
661	Sonstige	10.000	0,53	0
66	Summe Gruppe 66	11.500	0,61	0
64-66	Summe Gruppen 64-66	277.900	14,73	30.000
67	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts			
671	an Land	11.500	0,61	0
67	Summe Gruppe 67	11.500	0,61	0
5-6	Summe Hauptgruppe 5 - 6	635.800	33,67	44.900
7	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)			
79	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
791	an Personen außerhalb von Einrichtungen	1.740.000	92,20	990.000

Gemeinde 1 Amt Moorrege

Grupp.-Nr.	Bezeichnung der Hauptgruppen, Gruppen und Untergruppen	Ansatz 2016	je Einwohner in	Mehr Weniger (-)
		EUR	EUR	EUR
A u s g a b e n				
79	Summe Gruppe 79	1.740.000	92,20	990.000
73-79	Summe Gruppen 73-79	1.740.000	92,20	990.000
7	Summe Hauptgruppe 7	1.740.000	92,20	990.000
8	Sonstige Finanzausgaben			
80	Zinsausgaben			
808	an übrige Bereiche	0	0,00	-4.000
80	Summe Gruppe 80	0	0,00	-4.000
85	Deckungsreserve	2.000	0,11	0
85	Summe Gruppe 85	2.000	0,11	0
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt	0	0,00	-35.300
86	Summe Gruppe 86	0	0,00	-35.300
8	Summe Hauptgruppe 8	2.000	0,11	-39.300
4-8	Summe der Ausgaben des Verwaltungshaushalts	5.042.900	267,20	1.050.400
9	Ausgaben des Vermögenshaushalts			
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	153.500	8,13	153.500
90	Summe Gruppe 90	153.500	8,13	153.500
93	Vermögenserwerb			
935	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	103.500	5,48	0
93	Summe Gruppe 93	103.500	5,48	0
94-96	Baumaßnahmen			
	davon			
B01	Allgemeine Verwaltung (EP 0)	0	0,00	-290.000
94-96	Summe Gruppen 94-96	0	0,00	-290.000
9	Summe der Ausgaben des Vermögenshaushalts	257.000	13,61	-136.500
4-9	Summe der Gesamtausgaben	5.299.900	280,81	913.900

Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2016

1. Nachtragsplan

4. Finanzierungsübersicht

- in EUR -

Gemeinde

1 Amt Moorrege

	Ansatz 2016	
	EUR	EUR
A. Finanzierungssaldo		
1. Gesamteinnahmen	5.299.900	
2. ./.. Einnahmen aus besonderen Finanzierungs- vorgängen (Nr. 9.1, 10.1, 11.1)	257.000	
3. Differenz		5.042.900
4. Gesamtausgaben	5.299.900	
5. ./.. Ausgaben aus besonderen Finanzierungs- vorgängen (Nr. 8, 9.2, 10.2, 11.2)	0	
6. Differenz		5.299.900
7. Saldo (Nrn. 3 ./.. 6)		-257.000
B. Besondere Finanzierungsvorgänge		
8. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen (./..)		0
9.1 Entnahmen aus Rücklagen	257.000	
9.2 Zuführungen zu Rücklagen	0	
9.3 Differenz		257.000
10.1 Einnahmen aus Krediten	0	
10.2 Tilgung von Krediten	0	
10.3 Differenz		0
11.1 Einnahmen aus inneren Darlehen	0	
11.2 Rückzahlung von inneren Darlehen	0	
11.3 Differenz		0
12. Saldo besonderer Finanzierungsvorgänge (Nr. 8, 9.3, 10.3, 11.3)		257.000
	0	
	0	
	0	

Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen -in TEUR-

	Stand zum Beginn des Vorjahres	Stand zum Beginn des Haushalts- jahres	Zuführungen		Entnahme	Stand zum Ende des Haushalts-jahres
			Zuführungs- betrag	Zinsen		
Allgemeine Rücklage	249	257	0	0	257	0
S u m m e	249	257	0	0	257	0

Festsetzung der Grundlagen für die endgültige Amtsumlage 2016

Gemeinde	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbsteuer		Einkommen- steuer Ist- Aufkommen 01.07.14 - 30.06.15 = StKZ	Sonderausgl. § 31 a FAG Ist- Aufkommen 01.07.14 - 30.06.15 = StKZ	Umsatz- steueranteil Ist-Aufkommen 01.07.14 - 30.06.15 = StKZ	Steuerkraft- maßzahl (Summe Spalten 3,5,7,8,9,10)
	Ist- Aufkommen 01.07.14 - 30.06.15	Steuerkraft- zahl (StKZ)	Ist- Aufkommen 01.07.14 - 30.06.15	StKZ	Ist- Aufkommen 01.07.14 - 30.06.15	StKZ				
	€	€	€	€	€	€				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Appen	71.333	71.110	551.971	550.246	865.641	671.526	2.661.787	254.568	57.617	4.266.854
Groß Nordende	12.606	12.567	87.638	87.364	46.682	36.214	347.212	33.210	2.961	519.528
Heidgraben	15.351	14.403	340.342	319.321	619.571	428.677	1.251.656	119.562	29.652	2.163.271
H e i s t	19.356	22.052	320.159	329.454	659.179	511.363	1.352.450	129.252	38.678	2.383.249
H o l m	40.767	41.816	444.545	455.980	1.033.509	821.673	1.745.156	166.926	95.726	3.327.277
Moorrege	23.010	28.232	428.894	526.220	1.296.143	1.070.364	2.030.210	194.244	79.615	3.928.885
Neuendeich	18.270	20.097	52.163	57.379	144.114	115.292	284.170	27.156	3.326	507.420
A m t	200.693	210.277	2.225.712	2.325.964	4.664.839	3.655.109	9.672.641	924.918	307.575	17.096.484

Hinweise:

Zur Ermittlung der Steuerkraft wird das vom 01.07.2014 - 30.06.2015 erzielte Steuer-Ist-Aufkommen bei der Grundsteuer A und B sowie bei der Gewerbsteuer durch den Hebesatz für 2015 dividiert und

- a) bei der **Grundsteuer A** mit dem nivellierten Hebesatz 319 %,
- b) bei der **Grundsteuer B** mit dem nivellierten Hebesatz 319 %,
- c) bei der Gewerbsteuer mit dem nivellierten Hebesatz 256 % (+ 69% Gewerbesteuerumlage = 325 %) multipliziert.

Gemeinde	Steuerkraft- meßzahl	Schlüssel- zuweisungen (Einw.Zahl 31.03.15)	endgültige Amtsumlage 2016 lt. 1. Nachtragshaushalt		vorläufige Amtsumlage 2016		Veränderungen vorläufig 2016 / endgültig 2016			Amtsumlage- belastung 2016 je Einwohner (EW 31.03.15)
			Umlage- grundlagen / Finanzkraft (2 + 3)	Umlage 13,26%	Umlage- grundlagen / Finanzkraft (2 + 3)	Umlage 13,15%	Umlagegrundlagen		Amtsumlage mehr/weniger (Spalte 5 zu 7)	
							gesunken um (Spalte 4 zu 6)	Veränderungen in % (Spalte 4 zu 6)		
	€	€	€	€	€	€	€	%	€	€ / Einw.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Appen	4.266.854	621.600	4.888.454	648.209	4.932.104	648.571	-43.650	-0,89	-362	134
Groß Nordende	519.528	191.304	710.832	94.256	723.278	95.111	-12.446	-1,72	-855	122
Heidgraben	2.163.271	326.976	2.490.247	330.206	2.497.500	328.421	-7.253	-0,29	1.785	129
Heist	2.383.249	386.772	2.770.021	367.304	2.801.911	368.451	-31.890	-1,14	-1.147	129
Holm	3.327.277	-23.352	3.303.925	438.100	3.311.224	435.425	-7.299	-0,22	2.675	139
Moorrege	3.928.885	240.588	4.169.473	552.872	4.211.707	553.839	-42.234	-1,00	-967	133
Neuendeich	507.420	26.304	533.724	70.771	536.477	70.546	-2.753	-0,51	225	134
S u m m e :	17.096.484	1.770.192	18.866.676	2.501.718	19.014.201	2.500.364	-147.525	-0,78	1.354	131

Stellenplan (für Beamte, Angestellte und Arbeiter)

lfd.Nr.	Bezeichnung der Stelle /Funktionsbezeichnung	Amts-	im laufenden Haushaltsjahr 2016		tatsächliche Besetzung am 30.06.2016		aktualisierte Stellen Nachtrag 2016		lt.	Bemerkungen k.w. = künftig wegfallend k.u. = künftig umzuwandeln
			Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
	02 Verwaltungsleitung									
1	Amtsleiter		1,00	B 2	1,00	B 2	1,00	B 2		41 Std. wöchentlich
	Summe		1,00		1,00		1,00			
	025 Gleichstellungsbeauftragte									
2	Gleichstellungsbeauftragte		0,50	9 TVöD	0,50	9 TVöD	0,50	9 TVöD		19,5 Std. wöchentlich
	Summe		0,50		0,50		0,50			
	020 Datenschutzbeauftragte/r									
3	Datenschutzbeauftragte/r		0,26	9 TVöD	0,26	9 TVöD	0,26	9 TVöD		10 Std. wöchentlich
	Summe		0,26		0,26		0,26			
	060 - Informationstechnik									
4	Oberamtsrat		1,00	A 13	1,00	A 13	1,00	A 13		41 Std. wöchentlich EDV-Koordinator
5	Sachbearbeiter		-	-	-	-	1,00	8 TVöD		39 Std. wöchentlich ab 23.07.2016
	Summe		1,00		1,00		2,00			
	020/060 FB 1 - Zentrale Dienste									
6	Fachbereichsleiter / Amtsrat		1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12		41 Std. wöchentlich; Ausbildungsleiter
7	Sachbearbeiterin		1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD		39 Std. wöchentlich
8	Sachbearbeiterin		1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD		39 Std. wöchentlich
9	Sachbearbeiterin		1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich
10	Sachbearbeiterin		0,74	9 TVöD	0,74	9 TVöD	0,74	9 TVöD		29 Std. wöchentlich
11	Sachbearbeiterin		0,30	8 TVöD	0,30	8 TVöD	0,30	8 TVöD		12 Std. wöchentlich
12.1	Sachbearbeiterin		0,52	6 TVöD	-	-	-	-		20 Std. wöchentlich
12.2	Sachbearbeiterin		-	-	0,64	5 TVöD	0,64	5 TVöD		25 Std. wöchentlich ab 01.06.2016
13	Sachbearbeiterin		0,50	6 TVöD	0,50	6 TVöD	0,50	6 TVöD		19,5 Std. wöchentlich
14	Sachbearbeiterin		0,64	5 TVöD	0,64	5 TVöD	0,64	5 TVöD		25 Std. wöchentlich
	Summe FB 1		6,70		6,82		6,82			

lfd.Nr.	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im laufenden Haushaltsjahr 2016		tatsächliche Besetzung am 30.06.2016		aktualisierte Stellen Nachtrag 2016		lt.	Bemerkungen k.w. = künftig wegfallend k.u. = künftig umzuwandeln
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
11/112 FB 2 - Bürgerservice									
15	Fachbereichsleiter / Amtmann	1,00	A 11	1,00	A 11	1,00	A 11		41 Std. wöchentlich, Standesbeamter
16	Sachbearbeiterin	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich, Standesbeamtin
17	Sachbearbeiterin	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD		39 Std. wöchentlich
18	Sachbearbeiterin	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD		39 Std. wöchentlich
19	Sachbearbeiterin	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD		39 Std. wöchentlich
20	Sachbearbeiterin	0,49	A 8	0,49	A 8	0,49	A 8		20 Std. wöchentlich
21	Sachbearbeiterin	0,38	8 TVöD	0,51	8 TVöD	0,51	8 TVöD		20 Std. wöchentlich ab 01.06.2016
22	Sachbearbeiterin	0,51	8 TVöD	0,51	8 TVöD	0,51	8 TVöD		20,21 Std. wöchentlich (Sprechstunden Appen)
23.1	Sachbearbeiterin	0,34	6 TVöD	-	-	-	-		13,27 Std. wöchentlich (Sprechstunden in Holm)
23.2	Sachbearbeiterin	-	-	0,33	5 TVöD	0,33	5 TVöD		13 Std. wöchentlich ab 01.05.2016 (Sprechstunden in Holm)
24	Sachbearbeiterin	0,54	5 TVöD	0,54	5 TVöD	0,54	5 TVöD		21 Std. wöchentlich (10 Sprechstunden in Heist sowie 11 Sprechstunden in Heidgraben)
Summe FB 2		7,26		7,38		7,38			
03 FB 3 - Finanzen									
25	Fachbereichsleiter / Oberamtsrat	1,00	A13	1,00	A13	1,00	A13		41 Std. wöchentlich
26	Sachbearbeiterin	1,00	11 TVöD	1,00	11 TVöD	1,00	11 TVöD		39 Std. wöchentlich
27	Sachbearbeiterin	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich
28	Sachbearbeiter	1,00	9 TVöD	1,00	8 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich 1)
29	Sachbearbeiterin	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD		39 Std. wöchentlich
30	Kassenleiterin	0,78	A 9	0,78	A 9	0,78	A 9		32 Std. wöchentlich
31	Sachbearbeiterin	0,39	8 TVöD	0,39	8 TVöD	0,39	8 TVöD		15,19 Std. wöchentlich (Vollstreckungstätigkeit)
32	Sachbearbeiterin	0,77	8 TVöD	-	-	0,77	8 TVöD		30,0 Std. wöchentlich 1) (Elternzeit ab 06.2016)
33	Sachbearbeiterin	0,50	8 TVöD	0,50	6 TVöD	0,50	8 TVöD		19,5 Std. wöchentlich 1)
Summe FB 3		7,44		6,67		7,44			

lfd.Nr.	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im laufenden Haushaltsjahr 2016		tatsächliche Besetzung am 30.06.2016		aktualisierte Stellen Nachtrag 2016		lt.	Bemerkungen k.w. = künftig wegfallend k.u. = künftig umzuwandeln
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
40 FB 4 - Soziale Dienste									
34	Fachbereichsleiterin	1,00	9 TVöD	0,77	5 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich (Elternzeit ab 06.2016)
35	Sachbearbeiterin	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich
36	Sachbearbeiterin	0,95	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich ab 01.06.2016
37	Sachbearbeiterin	0,13	6 TVöD	0,28	6 TVöD	0,28	6 TVöD		11 Std. wöchentlich
38	Sachbearbeiterin	0,13	6 TVöD	-	-	-	-		5 Std. wöchentlich
39	Sachbearbeiter	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD	1,00	6 TVöD		39 Std. wöchentlich
40	Sachbearbeiterin	-	-	-	-	0,92	8 TVöD		36 Std. wöchentlich ab 15.08.2016
Summe FB 4		4,21		4,05		5,20			
60/112 FB 5 - Bauen u. Liegenschaften									
41	Fachbereichsleiter / Amtmann	1,00	A 11	1,00	A 10	1,00	A 11		41 Std. wöchentlich
42	Amtmann	1,00	A 11	1,00	A 9	1,00	A 11		41 Std. wöchentlich
43	Sachbearbeiterin	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD		39 Std. wöchentlich
44	Sachbearbeiterin	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich
45.1	technischer Angestellter	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich bis 02.2017
45.2	technischer Angestellter	-	-	-	-	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich ab 01.09.2016
46	technischer Angestellter	1,00	10 TVöD	1,00	9 TVöD	1,00	10 TVöD		39 Std. wöchentlich 1)
47	Sachbearbeiterin	1,00	8 TVöD	1,00	8 TVöD	1,00	9 TVöD		39 Std. wöchentlich 1)
48	Sachbearbeiterin	0,85	8 TVöD	0,85	8 TVöD	0,85	9 TVöD		33 Std. wöchentlich 1) Standesbeamtin
49	Sachbearbeiterin	-	-	0,69	6 TVöD	0,69	6 TVöD		27 Std. wöchentlich ab 01.06.2016
	Zwischensumme	7,85		8,54		9,54			
50	Raumpflegerin	0,39	2 TVöD	0,39	2 TVöD	0,39	2 TVöD		15,19 Std. wöchentlich; k.u. 1 TVöD
51	Raumpflegerin	0,23	1 TVöD	0,23	1 TVöD	0,23	1 TVöD		9 Std. wöchentlich
52	Gärtner/Hausmeister	0,16	2 TVöD	0,16	2 TVöD	0,16	2 TVöD		6 Std. wöchentlich
Summe FB 5		8,63		9,32		10,32			
Gesamtsumme		37,00	Vollzeiten- stellen	37,00	Vollzeiten- stellen	40,92	Vollzeiten- stellen		

1) Die im Stellenplan ausgewiesene Änderung der Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe erfolgt vorbehaltlich des Ergebnisses der jeweiligen Stellenbewertung.

Amt Moorrege**Beschlussvorlage**

Vorlage Nr.: 0224/2016/AMT/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 25.10.2016
Bearbeiter: René Goetze	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Hauptausschuss des Amtes Moorrege	08.11.2016	nicht öffentlich
Amtsausschuss Moorrege	21.11.2016	nicht öffentlich

**Machbarkeitsstudie zur Raumbedarfsdeckung im Amt Moorrege -
Vorstellung der Ergebnisse**
Sachverhalt:

Gemäß Beschluss des Hauptausschuss vom 09.03.2016 sowie Beschluss des Amtsausschusses des Amtes Moorrege vom 23.03.2016 wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche sich mit dem Problem des erhöhten Raumbedarfs, der im jetzigen Amtshaus nicht gedeckt werden kann, beschäftigen sollte. Die Gründe für den erhöhten Raumbedarf sind vielfältig, beispielhaft sind hier zu nennen:

- Nichterfüllung von gesetzlichen Anforderungen, wie Bereitstellung eines Ruheraums oder Technikräume für Kopiergeräte
- Sonstige Missstände im Bestand, wie Bürgermeisterschreibtisch im Flur, fehlende Besprechungsräume
- Feststellung eines Mehrbedarfs an Mitarbeitern durch Mehrarbeit
- Fusion mit dem Amt Haseldorf zum 01.01.2017

Gemäß Beschluss setzt sich die Arbeitsgruppe aus folgenden Personen zusammen:

- Amtsdirektor Rainer Jürgensen (Amt Moorrege)
- Amtsvorsteher Walter Reißler (Amt Moorrege)
- Amtsvorsteher Rolf Herrmann (Amt Haseldorf)
- Hauptausschussvorsitzender Jürgen Neumann (Amt Moorrege)
- René Goetze (Personalratsvertreter Amt Moorrege)
- Ralf Borchers (Hochbautechniker, Amt Moorrege)
- Frank Wulff (Organisation, Amt Moorrege)
- Melanie Pein (FB Bauen und Liegenschaften, Amt Moorrege)
- Christine Neermann (Gleichstellungsbeauftragte, Amt Moorrege)

Die Arbeitsgruppe hat sich unmittelbar nach Beschlussfassung erstmalig getroffen und ist danach wie folgt vorgegangen:

1. Feststellung der aktuellen Bestandssituation
2. Aufstellung eines Raumprogramms mit Mindeststandards
3. Festlegung der Rahmenbedingungen für eine Machbarkeitsstudie (z. B. Zeitrahmen, Entschädigung für Architekten, ...)
4. Auswahl von Architekturbüros mit Erfahrung im Rathausbau
5. Zusammenstellung eines Informations- und Datenpakets (inklusive Rahmenbedingungen und Raumprogramm) für die Architekten
6. Vorgespräche mit Architekten; Erläuterung des Informationspakets
7. Ausarbeitung einer Bewertungsmatrix (Bewertungskriterien u.a. Berücksichtigung der Vorgaben laut Raumprogramm, Realisierbarkeit, Gestaltung, Fachliche Eignung des Architekturbüros, zukünftige Raumordnung und Kosten)
8. Präsentation der Ergebnisse der Machbarkeitsstudien durch Architekturbüros
9. Bewertung aller Vorschläge
10. Auswertung aller Bewertungen
11. Diskussion über das Ergebnis der Auswertung innerhalb der AG
12. Empfehlung der Arbeitsgruppe für politische Gremien

Die Bewertung der vorgeschlagenen Varianten der 3 teilnehmenden Architekturbüros hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Rang	Architekturbüro	Lösungsvorschlag	Ergebnis	Kosten
1.	Knaack & Prell	Teilneubau auf dem Parkplatz	432,49	5.500.000 €
2.	PSP Hamburg	Teilneubau und Teilabriss	383,05	8.139.124 €
3.	PSP Hamburg	Neubau	382,93	8.184.344 €
4.	Butzlaff + Tewes	Anbau ins LSG	303,28	5.400.000 €
5.	Butzlaff + Tewes	Anbau auf dem Parkplatz	298,76	5.400.000 €
6.	Butzlaff + Tewes	Neubau	266,10	8.100.000 €
7.	Butzlaff + Tewes	Teilabriss Altbau + Ersatzneubau	227,51	6.600.000 €

Die in der Arbeitsgruppe am besten bewertete Lösung des Architekturbüros Knaack & Prell sieht vor, dass auf der heutigen rückwärtigen Parkplatzfläche 2 neue Gebäude in 2-geschossiger Bauweise + Dachgeschoss errichtet werden, die mit den bestehenden Gebäudetrakten aus den 50er und 70er Jahren verbunden und zu einer Gesamteinheit mit Innenhoflage vereint. Die erforderlichen Stellplätze werden über eine neue, unter dem Gebäude geplante Tiefgarage geschaffen. Eine Tiefgarage wurde auch von allen anderen Büros vorgesehen. Der Vorschlag wird während der Sitzung näher erläutert, Einzelheiten können auch der Sitzungsanlage entnommen werden.

Im Rahmen der Auswertung der Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie ist die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis gekommen, dass bei einer derart hohen Investitionssumme auch ein Neubau eines Verwaltungsgebäudes alternativ geprüft und eine Abwägung zwischen „Lösung auf dem Bestandsgrundstück“ und „Neubau auf der grünen Wiese“ erfolgen sollte. Neben den Kosten sollten in diese Abwägung auch sonstige Vor- und Nachteile einbezogen werden, die beispielhaft sind:

Vorteile Bestandslösung

- gefestigter Standort
- Historie
- Kosten geringer als für Neubau

Nachteile Bestandslösung

- Bauzeit ca. 2 Jahre = erhebliche Beeinträchtigungen für Besucher und Mitarbeiter durch Baulärm oder Parkplatzproblemen
- erhebliche Beeinträchtigungen für Nachbarn durch Baulärm und Parkplatzproblemen = Wertverlust
- keine spätere Erweiterung möglich
- sinnvolle Unterbringung der Fachbereiche schwer möglich
- Genehmigungsfähigkeit ?
- Alt bleibt alt! (Wert)

Vorteile Neubau

- einmalige Chance Verwaltungsgebäude nach Anforderungen entsprechend zu bauen (bürgerfreundlich, energetisch, modern)
- mögliche Erweiterungen planbar
- Kooperation mit Dritten möglich
- keine Beeinträchtigung während der Bauzeit
- einfacher Umzug in neue Verwaltung

Nachteile Neubau

- höhere Kosten gegenüber Bestandslösung
- Grundstückssuche

Die Schritte und Ergebnisse des gesamten Prozesses werden im Rahmen der Sitzungen noch einmal ausführlich dargestellt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung sollten die politischen Gremien der Empfehlung der Arbeitsgruppe folgen und eine Abwägung zwischen „Lösung auf dem Bestandsgrundstück“ und „Neubau auf der grünen Wiese“ vornehmen und eine Entscheidung zur Raumbedarfsdeckung treffen.

Finanzierung:

Die von der Arbeitsgruppe favorisierte Variante für das Bestandsgrundstück wird voraussichtlich 5,5 Mio. EUR kosten.

Ein Neubau (mit Grundstück, mit Stellplatzanlage ohne Tiefgarage) wird voraussichtlich 8,3 Mio. EUR kosten.

Im Rahmen der Ergebnisvorstellung werden auch verschiedene Finanzierungsbeispiele sowie die individuellen finanziellen Auswirkungen für die einzelnen Gemeinden vorgestellt.

Auch eine Investorenlösung könnte diskutiert werden.

Fördermittel durch Dritte:

Noch nicht geprüft. Bei der Aktiv Region derzeit höchstens 100.000 EUR, ggf. stehen GAK-Mittel zur Verfügung, wenn die Maßnahme Ergebnis eines Ortsentwicklungskonzeptes wird. Dies müsste jedoch im nächsten Schritt geprüft werden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt: / Der Amtsausschuss beschließt:

Nach Abwägung der von der beauftragten Arbeitsgruppe erarbeiteten Lösungen zur Raumbedarfsdeckung a) „Lösung auf dem Bestandsgrundstück gemäß Vorschlag des Architekturbüros Knaack & Prell“ und b) „Neubau auf der grünen Wiese“ wird folgende Entscheidung getroffen:

Variante a)

Favorisiert wird die Erweiterung des Amtshauses auf dem Bestandsgrundstück Amtsstraße 12 gemäß Vorschlag des Architekturbüros Knaack & Prell. Im kommenden Haushalt 2017 sollen die notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Das Architekturbüro erhält den Auftrag, bis zu diesem Zeitpunkt eine Kostenberechnung zu erarbeiten. Die Verwaltung erhält den Auftrag, mögliche Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Variante b)

Favorisiert wird der Neubau des Amtshauses auf einem anderen, noch zu ermittelnden Grundstück. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt geeignete Grundstücke zu ermitteln und den politischen Gremien vorzuschlagen. Nach Auswahl eines Grundstückes soll ein Architektenwettbewerb unter Einbeziehung der bisherigen Architekturbüros durchgeführt werden. Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2017 werden zunächst nur für den durchzuführenden Wettbewerb bereitgestellt, Neubaukosten müssten im Rahmen eines Nachtragshaushaltes bereitgestellt werden. Die Verwaltung erhält den Auftrag, mögliche Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Jürgensen

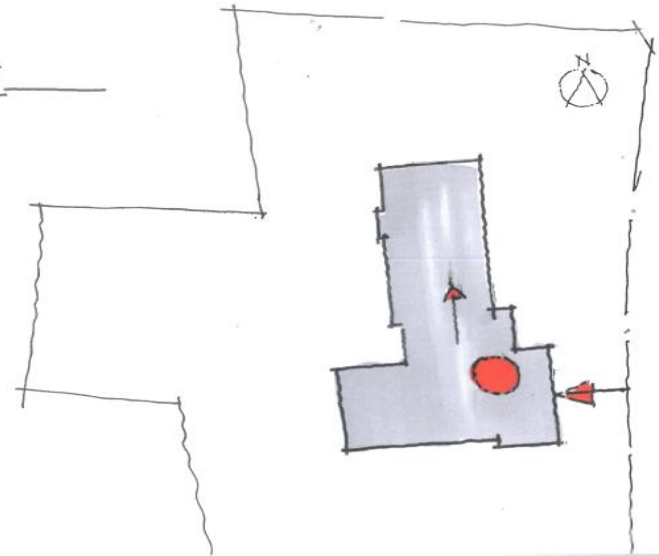
Anlagen:

- Auszug Entwurf Knaack & Prell



Konzept heute

Amt Moorrege

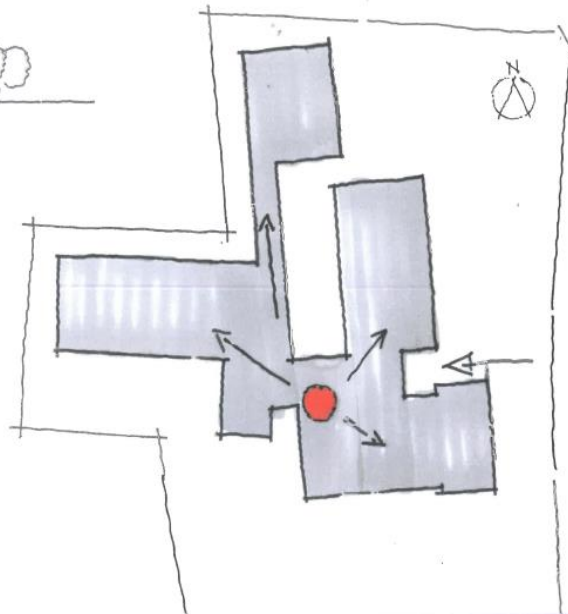


Knaack Prell Partner Arbeitsgemeinschaft



Konzept Planung

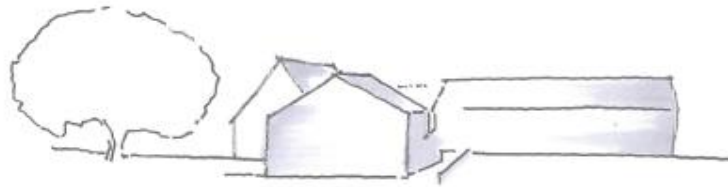
Amt Moorrege



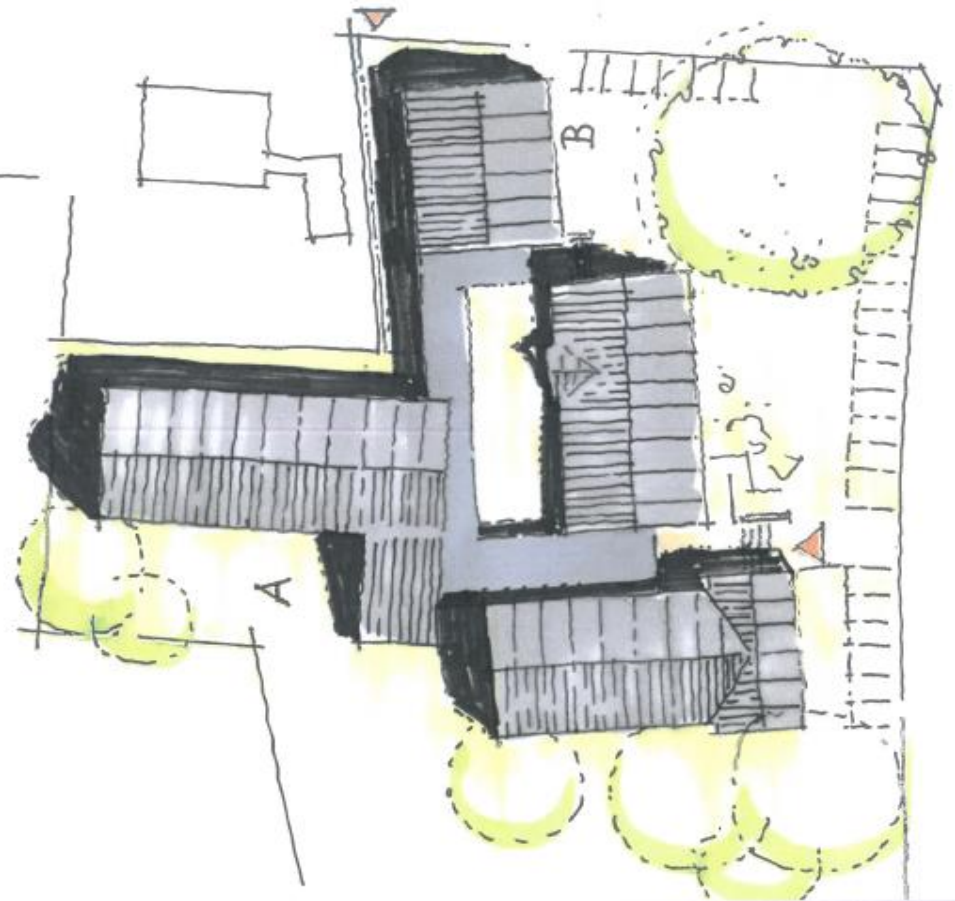
Knaack Prell Partner Arbeitsgemeinschaft

11. Lösungsvorschlag Knaack & Prell

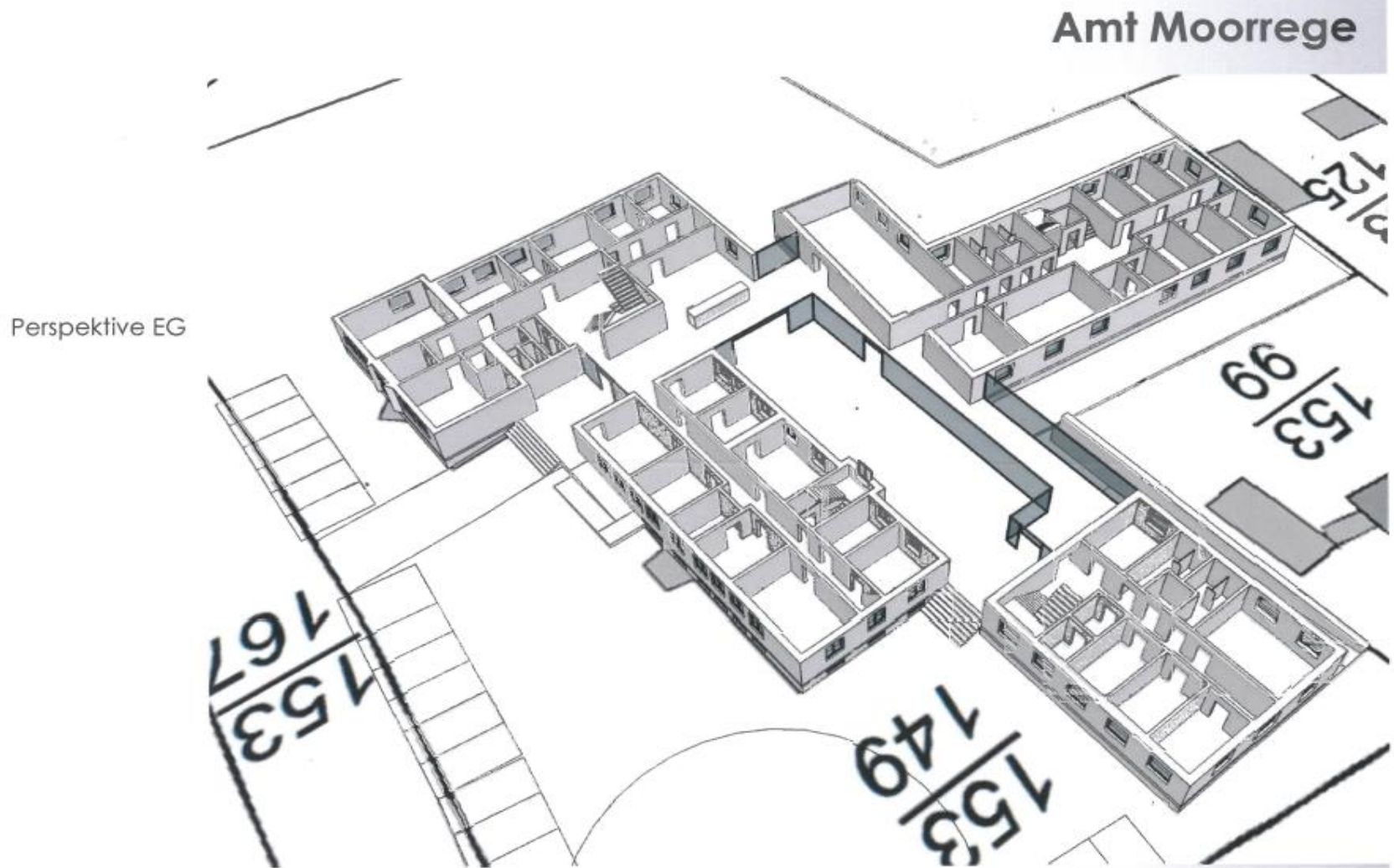
Amt Moorrege



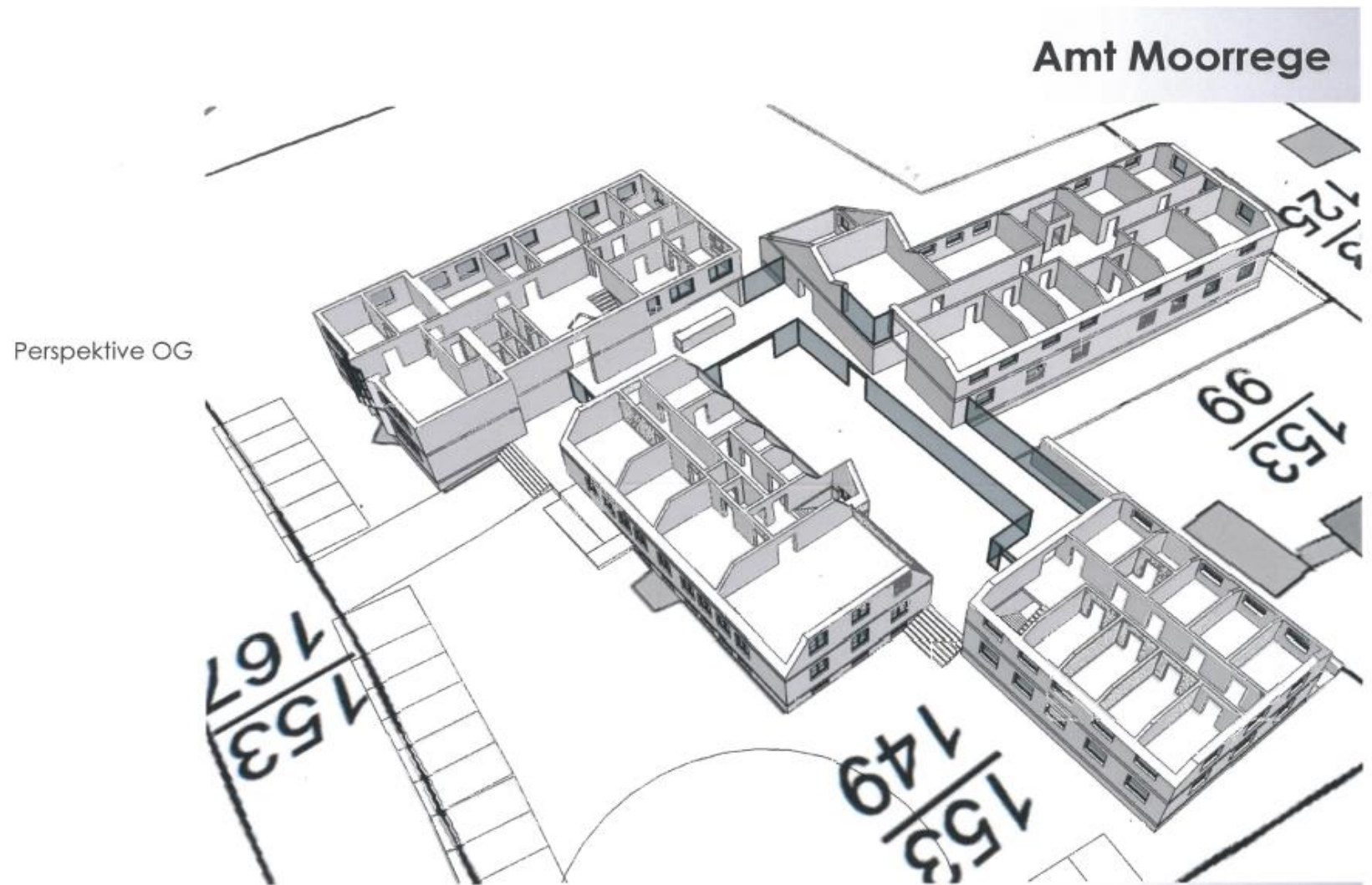
Dachaufsicht



11. Lösungsvorschlag Knaack & Prell



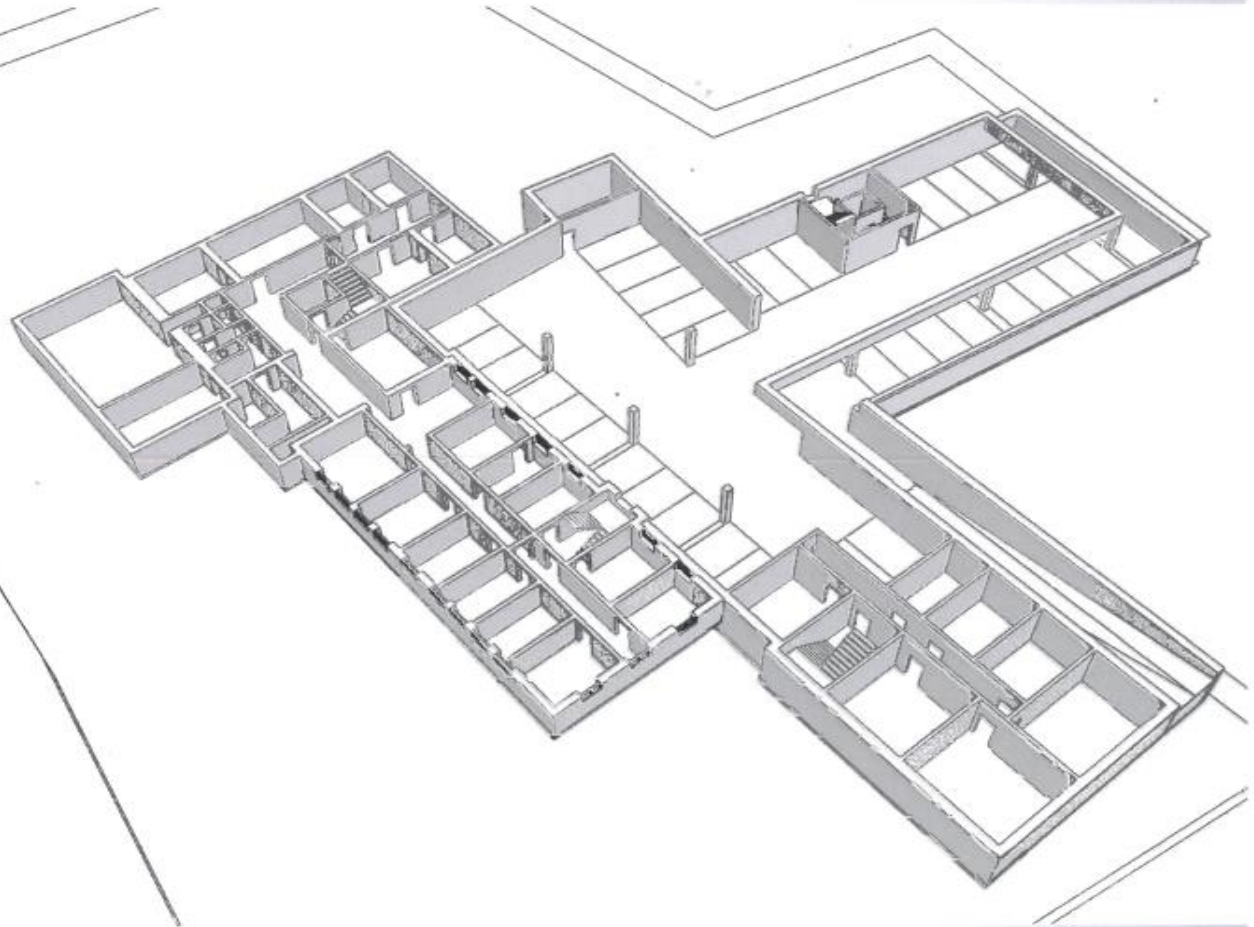
11. Lösungsvorschlag Knaack & Prell



11. Lösungsvorschlag Knaack & Prell

Amt Moorrege

Perspektive KG

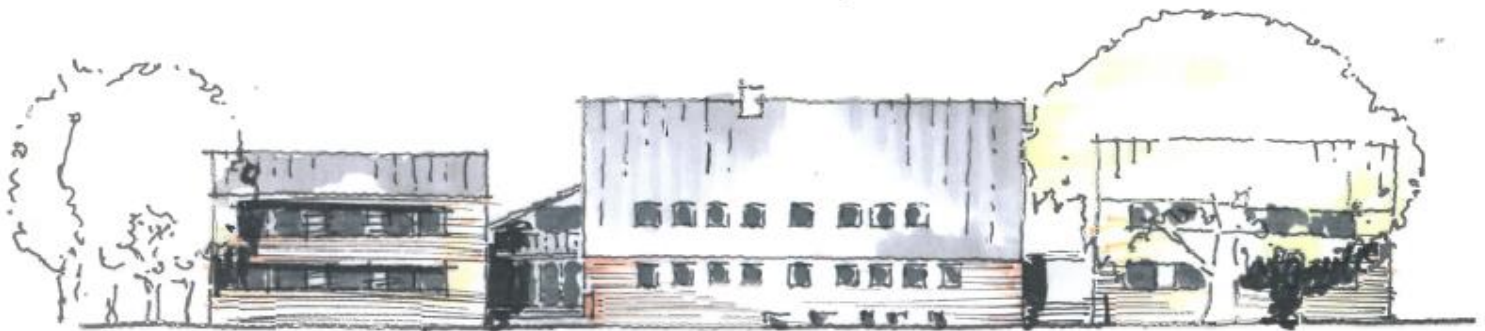


11. Lösungsvorschlag Knaack & Prell

Amt Moorrege



Ansicht Ost



11. Lösungsvorschlag Knaack & Prell

Amt Moorrege



Ansicht Nord

